

SO DENKEN SIE DARÜBER

„Gehalt für Pflegeausbildung ist überfällig“

Eine nachhaltige Pflegereform sei umgehend in Angriff zu nehmen, fordern Leser.

„450 Euro für Pflegeausbildung“, 24. 2., Pflegeschüler sollen Gehalt bekommen“, 22. 2.

Wenn jetzt Kabeg-Chef Gabriel meint, man müsse die Ausbildung des Pflegepersonals attraktiver gestalten, ist man versucht, ihn ob dieses Vorstoßes vor den Vorhang zu bitten. Ist das diesmal ein ernst gemeinter Vorschlag? Ein Vorschlag, der auch verfolgt wird? Es fehlt mir fast der Glaube. Für junge Interessierte und auch für Umsteiger kommt eine Karriere in der Pflege oft schon deshalb nicht infrage, weil man sich die Ausbildung nicht leisten kann! Den Auszubildenden in den Pflegeberufen ein Gehalt zu zahlen, erachte ich als längst überfällig – da hat Gabriel vollkommen recht –, zumal Azubis in den Praktika auf ihren Stationen sehr wertvolle Arbeit leisten. Während jeder angehende Polizist, Soldat oder Zivildienstler bezahlt wird, bekommt ein Azubi im Pflegebereich nichts. Vielmehr noch, er muss für die eigene Ausbildung aufkommen.

Die Pflegereform ist umgehend in Angriff zu nehmen. Wer für Lotterien Geld hat, der kann sich auch eine Pflegereform leisten. Die seinerzeitige Aussage unseres Ex-Kanzlers „Koste es, was es wolle“ muss sofort auf den Pflegesektor angewendet werden, wenn wir in naher Zukunft nicht vor noch mehr geschlossenen Bereichen in Spitälern und Pflegeheimen stehen wollen. **Mag. Richard Buchacher, Wien**

Sofort umsetzen

Der Pflegeregress muss nicht morgen, sondern sofort umgesetzt werden, sowie eine sofortige Gehaltserhöhung und eine schnelle Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Mit Ende des Jahrzehnts werden 100.000 Pflegekräfte fehlen. Unsere pflegerische Versorgung ist seit Jahren eine Dauerbaustelle. Die ausgebrannten Pflegekräfte leiden unter extremem Stress und großem Zeitdruck, instabilen Dienstplänen, ungerechter Entlohnung, schwerer Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf oder zu wenig Entlastung mit steigendem Alter der Pflegekräfte.

Gleichzeitig bleibt unseren Pflegepersonen viel zu wenig Gestaltungsspielraum und Zeit, um das zu tun, was die Pflege zu einer erfüllenden Arbeit macht. Auch um der Gefahr der Vereinsamung älterer Menschen vorzubeugen, wünsche ich mir wirklich, dass der Pflegeberuf eine die Würde achtende Pflege ermöglicht.

Eine bezahlte Ausbildung hätte längst eingeführt werden müssen. Mit den Pflegeberufen sollte es sich die Politik nicht durch Leichtsinn verschmerzen.

Prof. Mag. Juliane Pruntsch, Klagenfurt

Profitunternehmen

Als ehemaliger Kabeg-Angestellter möchte ich Folgendes festhalten: Seit mehr als 15 Jahren, mit der Einflussnahme der sogenannten Gesundheitsökonomien, sind die Spielregeln von Profitunternehmen in Krankenanstaltenwesen eingezogen. Man hat es verabsäumt, der Bevölkerung mitzuteilen, dass die Krankenanstalten nie positiv wirtschaften können werden, da die Beitragszahlungen der Versicherten einfach zu niedrig sind, der Aufwand für eine Hightech-Medizin sehr hoch.

Nun hat die Politik in Kärnten Abgesandte wie Herrn Gabriel eingesetzt, der eigentlich mit dem Gesundheitswesen zuvor noch nie Kontakt hatte. Was soll dabei herauskommen? Betten und Personaleinsparungen, um die Politiker zu befriedigen, mit dem Argument, dass es nie eine Qualitätseinsparung geben wird? Wenn zum Beispiel nur mehr ein Chirurg ohne Assistenten und/oder Turnusarzt Dienst versieht – wo bleibt die Qualitätssicherung? Wie werden die Jungen ausgebildet? Wie sollen plötzlich zwei statt drei Pflegerinnen im Dienst die gleiche Behandlungsqualität liefern und Zeit für Patienten aufbringen?

Den Personalschlüssel legt das Land vor, Frau Prettner. Sie müssen nicht fordern, sofort Maßnahmen einzuleiten, die sie selbst in Ihrer Amtszeit abgewürgt haben.

Dr. Armin Lassnig, Ebenthal

Krieg aus dem Nichts?

LB „Nur Verlierer“, 25. 2.

Der Leserbriefschreiber hat recht mit seiner Behauptung, dass es bei einem Krieg nur Verlierer gibt. Nicht recht hat er mit der Behauptung, dass dieser (unverständliche) Krieg quasi aus dem Nichts begonnen habe! Seit 2014 hat sich so Einiges in der Ukraine politisch und auch an Gewalttaten ereignet, ohne dass sich in den Medien einmal irgendwer groß aufgeregt hätte!

Franz Hödl, Seiersberg